



Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 13. Mai 2009 in Bochum**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Ude,
liebe Teilnehmer dieses großartigen Deutschen Städtetages!

Ich habe eben gesagt, dass es hier fast wie beim chinesischen Volkskongress ist, was das Präsidium anbelangt. Das war vor mir wohl schon gesagt worden. Die Redezeit von Herrn Ude hat das allerdings wieder wett gemacht.

Ich habe Ihnen die herzlichen Grüße der gesamten Bundesregierung zu überbringen. Wir haben uns mit der Kabinettsitzung so beeilt, damit ich hier pünktlich sein konnte.

Gestatten Sie mir bitte, dass ich nachträglich der Frankfurter Oberbürgermeisterin ganz herzlich zum Geburtstag gratuliere! Alles Gute und weitere gute Arbeit im Sinne des Städtetages!

Wir sind heute in Bochum. Ich möchte auch die Frau Oberbürgermeisterin ganz herzlich stellvertretend für diejenigen grüßen, die in kommunaler Verantwortung tätig sind.

Wir befinden uns in einem Jubiläumsjahr. Wir feiern in diesem Jahr 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 60 Jahre Grundgesetz. Dieses Grundgesetz drückt aus, dass wir ein föderaler Staat sind, in dem die Kommunen eine wichtige und nicht wegzudenken Rolle spielen. Die Tatsache, dass sich dieses Grundgesetz, obwohl einmal als Provisorium geplant, als eine außerordentlich erfolgreiche Verfassung bewährt hat, ist auch der Tatsache geschuldet, dass die verschiedenen Ebenen in unserem Land – Bund, Länder und Kommunen - traditionsgemäß gut miteinander zusammengearbeitet haben.

Es dauert manchmal etwas länger, als man es sich wünscht. Es ist manchmal in Deutschland etwas komplizierter als in anderen Ländern, wo es andere Strukturen gibt. Aber das, was uns in der Bundesrepublik Deutschland auszeichnet, ist, dass das, was miteinander beschlossen und verabredet wurde, auch ein Höchstmaß an Stabilität für das ganze Land garantiert. Das ist etwas, wovon die Menschen in diesem Land immer wieder profitiert haben: sozialer Frieden und eine gute Balance der Macht.

Der Föderalismus ist deshalb so erfolgreich, weil er letztlich ein Wettbewerb um die besten Ideen ist, regionale Vielfalt zur Geltung kommen lässt und dennoch Mechanismen hat, um gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland sicherzustellen. Deshalb möchte ich sagen: Wir feiern am 23. Mai 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland im Bewusstsein um den großen Beitrag, den die Städte und Gemeinden zu dem Erfolg dieser Bundesrepublik Deutschland geleistet haben.

Herr Ude, ich möchte auch hervorheben, dass der Deutsche Städtetag ein verlässlicher Partner der Bundesregierung ist. Das schließt nicht aus - ich komme noch darauf -, dass es einzelne Punkte ist, an denen wir noch weiter arbeiten müssen. Aber insgesamt können wir uns aufeinander verlassen. Ich glaube, das hat sich gerade jetzt in dieser Wirtschaftskrise, ausgehend von einer internationalen Finanzmarktkrise, noch einmal sehr deutlich bewährt.

Wir haben es in den Stunden, Tagen, Wochen und Monaten, in denen wir sinnvolle Maßnahmen beschließen müssen, um aus der Krise möglichst gestärkt wieder herauszukommen, geschafft, unterschiedliche Zuständigkeiten so weit bei Seite zu schieben, dass sie dem Gesamtziel dienen sollen, was das Beste für unser Land insgesamt ist. Deshalb ist das Thema der Infrastrukturmaßnahmen in dem zweiten Konjunkturpaket nicht ein Thema gewesen, bei dem der Bund verzweifelt versucht hat, noch ein Bundesprojekt und noch ein Bundesprojekt auszubauen, sondern wir haben gesagt: Es wäre doch jetzt wirklich das Vernünftigste, in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

Ich glaube, wir sind uns fast alle einig, dass das Thema Bildung, das Thema Hochschulen und Fachhochschulen Zukunft für unser Land bedeutet. Deshalb haben wir gesagt: Zwei Drittel dieses 13-Milliarden-Programms sollen in die Zukunft der Bildung gesteckt werden. Wo kann das am besten und vor allen Dingen am schnellsten umgesetzt werden? Wo weiß man am besten Bescheid? Das sind die Städte und Gemeinden. Deshalb liegt bei Ihnen ein Stück Hoffnung von unserer Seite, dass Sie das schnell umsetzen, dass Sie das richtig an den Mann, die Frau und das Kind bringen und dass die Menschen sehen, dass wir uns dieser Krise entgegenstemmen. Ich möchte ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit in diesem Bereich sagen.

Da ich Herrn Wowereit schon gesehen habe, darf ich auch den Dank an die Länder übermitteln, die natürlich mit uns in diesem Zusammenhang sehr, sehr eng zusammengearbeitet haben.

Dieses Programm darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krise, die wir jetzt durchschreiten, eine manifeste ist, dass sie ein Land wie Deutschland in ganz besonderer Weise trifft. Das, was unsere Chance in Zeiten einer boomenden Weltwirtschaftsnation ist, wird natürlich jetzt zu einem Problem in Zeiten der nicht vorhandenen weltweiten Exportmöglichkeiten. So stehen allen föderalen Ebenen außerordentlich schwierige Zeiten ins Haus.

Ich habe es mir heute noch einmal angeschaut: Die Gewerbesteuerereinnahmen der letzten Jahre waren doch von einer Erfolgskurve geprägt. 2002 gab es einen Tiefpunkt nach der Krise Anfang des Jahrhunderts: 23,5 Milliarden Euro Einnahmen. 2008 waren es etwa 42 Milliarden Euro Einnahmen, davon an der Gesamtbilanz etwa 7,4 Milliarden Euro Rücklagen, also ein Plus. Aber das heißt ja nicht, dass das gleichmäßig auf die Städte verteilt ist. Das heißt natürlich, dass sie - wie der Bund und die Länder - Möglichkeiten hatten, sich in die Zukunft hinein zu entwickeln. Aber minus 6 Prozent bedeuten jetzt einen starken Abfall.

Morgen werden wir mit der Steuerschätzung konfrontiert, und der Deutsche Städtetag geht geradezu in diese Phase hinein. Das, was ich Ihnen heute zusagen kann, ist, dass wir keinem Druck nachgehen werden, wenn es um die Frage geht, ob wir an die Gewerbesteuerereinnahmen herangehen werden. Das tun wir nicht. Ich würde sogar sagen: im Gegenteil. Wir werden alles daran setzen, die prozyklischen Effekte, die es bei der Unternehmenssteuerreform gibt, und die prozyklischen Effekte, die es im Blick auf die Banken durch Basel II gibt, noch einmal abzumildern. Es kommt nicht nur darauf an, dass wir am Gesetz nichts ändern. Wenn Sie durch die Zinsschranke und Verlustvorträge und Ähnliches so betroffen sind, dass die Gewerbesteuerereinnahmen

faktisch doch zurückgehen, hilft Ihnen das nicht viel. Wir haben hier eine nicht einfache politische Diskussion, wie Sie sich vorstellen können. Wir haben im Augenblick viele Probleme zu lösen. Aber wir werden an einigen Stellen - ich bin jedenfalls hoffnungsfroh - noch in dieser Legislaturperiode kleinere Veränderungen an der Unternehmenssteuerreform vornehmen, und wir werden auf der europäischen Ebene alles daran setzen, Lockerungen bei Basel II zu erreichen, um die prozyklischen Effekte auf bestimmte Branchen abzumildern.

Ich sage es ganz deutlich an die, die auch in Europa Kontakte haben: Das ist ein unendlich dickes Brett, das man bohren muss. Es ist sehr schwer zu sehen, inwieweit das Rating, die Kreditvolumina und Basel II zusammenhängen. Man muss Ausschüsse befragen, Richtlinien ändern usw. Ich sage: Wenn in dieser Krise die Karten neu gemischt werden - und das werden sie -, dann ist es nicht okay, wenn sich Europa an alle Regeln hält, alle prozyklischen Maßnahmen erleidet und in den Vereinigten Staaten von Amerika noch nicht einmal Basel II eingeführt wurde und noch viele lockere Beziehungen im Bereich des Geldes vorhanden sind.

Ich will an der Stelle kurz auf eine weitere wichtige Frage eingehen, nämlich die Frage: Wie schnell können wir uns wirtschaftlich erholen? Wie schnell kommen die Steuereinnahmen wieder in Gang? Wie schnell kommen unsere Banken wieder auf die Beine?

Wir haben dazu heute im Kabinett einen Beschluss gefasst, der auf der einen Seite die Auslagerung der sogenannten strukturierten Produkte unter bestimmten Bedingungen für private Banken und Landesbanken ermöglicht. Aber wir haben auch ein Eckpunktepapier verabschiedet, das die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen soll und kann, dass die Landesbanken in die Lage versetzt werden, bestimmte, über die sogenannten strukturierte Produkte hinausgehende Produkte auszulagern. Das ist allerdings eine rechtlich sehr komplizierte Angelegenheit. Deshalb haben wir es heute noch nicht geschafft, das gesetzlich umzusetzen.

Ich weiß, dass Sie hier heute einen Beschluss in Bezug auf das Verhältnis von Sparkassen und Landesbanken gefasst haben. Mir sei dazu das Bekenntnis gestattet, dass sich bis weit in die Bundestagsfraktionen hinein herumgesprachen hat, wie wichtig die Sparkassen sind, wie gut sie in dieser Krise als Stabilisator wirken und dass wir alles tun, um den Erhalt der Sparkassen zu garantieren, zu ermöglichen und keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu kreieren.

Ich habe allerdings eine Bitte. Ich sage es jetzt einmal ganz freundlich. Ich habe die Bitte, dass Sie nicht völlig aus den Augen verlieren - ohne dass ich der vertikalen Integration oder solchen bösen Sachen das Wort rede -, dass die Sparkassen Anteile an den Landesbanken haben. Das ist einfach ein rechtlicher Zustand. Dieser kann aus mancherlei Hinsicht schön sein oder nicht schön sein. Aber wir können ihn nicht ganz wegdiskutieren. Deshalb müssen wir Lösungen finden, die die Sparkassen nicht in Gefahr bringen, die aber auf der anderen Seite nicht ignorieren können, dass es Landesbanken gibt, an denen die Sparkassen beträchtliche Anteile haben. Das heißt: In den Augen der Menschen muss beides zusammen bedacht werden. Es ist nicht immer sofort gelungen, dass die Interessen der Sparkassen sofort mit denen der Landesbanken offensichtlich werden, obwohl sie gemeinsame Eigentümer sind. Wir arbeiten daran. Wir helfen mit. Wir wollen eine gute Lösung finden.

Insgesamt wissen wir, dass wir die ganzen Rettungsprogramme für Banken nur aufgelegt haben, weil wir die Volkswirtschaft am Laufen halten wollen, weil wir die Spareinlagen der Menschen sichern wollen. Deshalb werden wir nicht die eine Säule des Bankensystems in einer Weise belasten, dass die, die funktioniert, nicht mehr funktionieren kann. Das sagt uns schon der gesunde Menschenverstand. Aber trotzdem müssen wir auch auf allen Seiten Kooperationsbereitschaft einfordern. Das ist meine Bitte an dieser Stelle.

Es nicht einfach, plötzlich von der Bundesebene aus dauernd über Landesbanken zu sprechen. Die Kollegen im Deutschen Bundestag fragen: „Was haben wir damit zu tun? Es gibt hier schon genügend Dinge zu regeln.“ Dann muss man antworten: „Weil wir alle zusammenhängen. Weil wir ein föderales Land sind. Weil unser Wohl von dem Verhalten aller abhängig ist.“ Deshalb wollen wir hier eine gute Lösung suchen. Der heutige Kabinettsbeschluss war schon in die richtige Richtung ausgerichtet.

Wir brauchen - auch das will ich sagen - im Augenblick im Grunde die wirtschaftliche Tätigkeit der Landesbanken. Sie werden zwar erheblichen Restrukturierungsanforderungen ausgesetzt. Aber machen Sie sich keine Illusionen: Es gibt im Augenblick keine internationale Bank, die in Deutschland bereit ist, weiter langfristige, für größere Projekte ausgerichtete Kredite zu vergeben. Wenn wir für die reale Wirtschaft, wie das heute so schön heißt, Brücken bauen wollen, wird es unabdingbar sein, dass Finanzierungen durch Landesbanken erfolgen. Das heißt: Der Misserfolg der Landesbank ist ein Misserfolg für die gesamte deutsche Wirtschaft. Deshalb haben wir ein Interesse daran.

Es sagt sich theoretisch so schnell: Schließt euch doch zu einer Bank der deutschen Länder zusammen. Wir erleben das bei der Dresdner Bank und der Commerzbank. Wenn sie sich zusammenschließen, vergrößert sich das Kreditvolumen nicht, sondern verkleinert sich eher. Wenn dann noch Risiken dazu kommen, wird es noch schwieriger. Das heißt, das „Bashing“ von Landesbanken ist einfach gemacht. Es ist nicht gut für Deutschland. Deshalb sitzen wir alle in einem Boot, meine Damen und Herren.

Es stehen vor uns in der Tat sehr, sehr schwierige Jahre. Ich plädiere dafür, dass wir diese Krise, in die wir aus internationalen Gründen hineingeraten sind, gemeinsam so angehen, dass wir nicht in dem Moment, wo wir den Tiefpunkt erreicht haben, denken: Nun ist die Krise überwunden. Es wird einen weiteren Teil der Krisenbewältigung geben. Er wird sich weit über das nächste Jahr hinaus erstrecken.

Wir haben einen sehr, sehr starken Abschwung gehabt. Wir haben eine Wirtschaftsprognose von minus 6 Prozent. Wenn wir auf das Ende des ersten Quartals schauen, haben wir mit dem sogenannten statistischen Überhang des ersten Quartal des Jahres 2008 von minus 3,5 Prozent bereits minus 5,5 Prozent für dieses Jahr erreicht. Das heißt: Wenn es die Prognose ganze Jahr bei minus 6 Prozent liegt, haben wir die Talsohle schon relativ weit erreicht. Ich kann auf ein Prozent genau keine Aussage machen. Aber dieser Tiefpunkt - dafür sprechen einige Indikatoren - ist dann, was das Wachstum anbelangt, da. Dann ist nicht klar, wie der Verlauf der Kurve sein muss, um wieder aus dieser Krise herauszukommen. Leider wird es kein „V“ sein. Das ginge ja sonst alles noch. Dann könnten wir sagen: 2008 ging alles runter, 2009 sind wir im Tal, 2010 geht alles wieder hoch, und am Ende des Jahres 2010 ist es so, wie

es im Jahr 2008 war. Dafür spricht aber im Augenblick wenig, jedenfalls spricht keiner davon. Das heißt, wir werden den Verlauf einer Talsohle haben. Dann kommt die Frage, in welcher Steilheit der Aufstieg verlaufen wird.

Wie die Klugheit im Abschwung darin bestand, bestimmte Programme aufzulegen, wird die gesamte politische Klugheit darin bestehen müssen, den Aufschwung soweit wie möglich staatlich zu befördern. Das heißt, dass wir noch nicht am Ende sind, zu überlegen, wie wir wieder Wachstum erreichen können. Das werden andere Notwendigkeiten sein. Wenn wir jetzt zum Beispiel mit den Ländern über Wissenschaftspakte und Exzellenzförderung sprechen, ist das in der Krise notwendiger als noch vor der Krise. Da war es auch notwendig. Wir brauchen Sicherheit. Wir brauchen Berechenbarkeit. Deshalb wird die Bundesregierung auf der Ministerpräsidentenkonferenz nicht lange Debatten abhalten, ob wir für die nächsten sechs Jahre Haushaltszusagen machen können oder nicht, sondern wir sagen: Unser politische Wille besteht mit den Ländern zusammen darin, Bildung, Forschung und Innovation so zu fördern, dass wir stärker aus der Krise herauskommen können, als wir in sie hineingegangen sind.

Als ich neulich mit dem südkoreanischen Ministerpräsidenten die Hannover-Messe eröffnet habe, ist mir erst einmal bewusst geworden, dass Korea 2012 nicht 3 Prozent für Forschung und Innovation ausgeben wird, sondern 5 Prozent. Es gibt viele Länder auf der Welt, die natürlich auch in den Startlöchern stehen.

Wenn wir uns die Konjunkturprogramme anderer Länder anschauen, ist eben nicht sichergestellt, dass wir mit den Stärken, die wir heute haben, wieder als die Stärksten herauskommen, sondern dafür müssen wir arbeiten. Deshalb haben wir auch in die Automobilindustrie investiert, was die Mobilitätsinnovationen angeht. Deshalb - ich sage das immer wieder - wird Deutschland vor der wirklichen Herausforderung stehen, alles, was mit Innovation zu tun hat, gut zu behandeln und nicht dauernd mäkelig an der Seite zu stehen und zu fragen: Ist es zu schwierig oder nicht zu schwierig? Wir müssen wirklich die Chancen ergreifen. Ich weiß, wie viel auch von den Verantwortlichen vor Ort abhängt, wenn sie gefragt und angesprochen werden, wie man technologisch vorankommen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben im Zusammenhang mit der Föderalismusreform II eine zweite wichtige Entscheidung gefällt. Sie gefällt nicht jedem. Aber sie ist mittelfristig für das nächste Jahrzehnt absolut richtig.

Wie ist diese Krise entstanden? Diese Krise ist im Grunde international entstanden. Deutschland war nicht vorne mit dabei, aber ganz draußen waren wir auch nicht, wenn wir uns einmal das Problem anschauen. Vorne war natürlich der angelsächsische Raum mit dabei. Die Krise ist entstanden, weil auch politisch geduldet wurde, dass man über seine Verhältnisse gelebt hat. Es ist nach dem 11. September des Jahres 2001 alles daran gesetzt worden, das Wirtschaftswachstum im Rückblick auf die Asien-Krise - der Schock vom Ende der 90er Jahre - aufrechtzuerhalten und damit auf den Finanzmärkten Risiken einzugehen, zu große Geldmengen zu haben, Kreditvergaben zu Risikobedingungen zu geben, die nicht verantwortbar waren.

Wenn ich mir anschau, welche Probleme wir im Zusammenhang mit der Krise bekommen werden, was die Arbeitslosigkeit, die Gerechtigkeitsfragen und das

Verständnis der Menschen anbelangt, dass wir für die Banken 400 Milliarden Euro Garantiesummen, 80 Milliarden Euro Kapital und vieles andere in die Hand nehmen mussten, dann kann ich nur sagen: Im Sinne der Stabilität der Bundesrepublik Deutschland müssen wir alles daran setzen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt. Um genau das sicherzustellen, sind wir international so tätig, wie wir tätig sind.

Ein zweiter Punkt. Wir müssen selber bei veränderter Demografie ein Beispiel geben, dass wir in die Zukunft investieren. Aber wir müssen alles daran setzen, nicht dauernd über unsere Verhältnisse zu leben. Die Schuldentrückzahlungen sind heute schon beträchtlich. Das sind 15, 16 Cent von jedem verdienten Euro. Wenn wir zukünftigen Generationen bei abnehmender Erwerbsbevölkerung das alles zumuten, wird das eine ganz schwierige Sache.

In dem Zusammenhang - gerade die Oberbürgermeister der großen Städte wissen das - ist die demografische Veränderung nicht nur so, dass die Zahl der Älteren größer wird, worüber wir uns freuen – Stichworte: Lebenserwartung, medizinische Möglichkeiten -, sondern auch die Zahl der Jüngeren wird einen höheren Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben. Das heißt, der Bevölkerungsaufbau wird sich verändern. Deshalb muss das absolute Ziel sein - die Bundesregierung hat dafür in dieser Legislaturperiode wichtige Weichen gestellt -, dass wir die Integration nach vorne bringen. Ich möchte mich bei den Kommunen bedanken. Ohne sie wäre unser Nationaler Integrationsplan überhaupt nicht möglich. Sie machen vor Ort unglaublich viel. Wir sind längst nicht am Ende des Weges, sondern wir müssen das alles weiter verstärken.

Wenn es uns nicht gelingt, die jungen Migrantenkinder in der Bildungspolitik so zu befähigen, dass sie die Facharbeiter, die Meister, die Ingenieure der Zukunft sein können, wird die Abwanderung aus Deutschland nicht mehr von der Frage bestimmt sein, wie der Unternehmenssteuersatz ist - das haben wir international einigermaßen geschafft -, sondern von der Frage, wie die Fachkräftesituation ist. Aber wir brauchen hier eigentlich jeden und jede, damit sie zum Wohlstand beitragen. Ansonsten kommen wir im nächsten Jahrzehnt in eine unglaubliche Situation, was die Sicherung der sozialen Sicherungssysteme - Gesundheitsvorsorge und andere Dinge - anbelangt.

Wir wissen, dass unsere Systeme sehr stabil sind. Aber wir wissen auch: Sie müssen belastbar finanziert sein können. Wir haben in dieser Legislaturperiode in den drei Jahren des Wachstums erlebt, dass Wachstum und größere Beschäftigung automatisch den Druck aus den sozialen Sicherungssystemen herausnimmt und dass uns auf der anderen Seite jede Form der Abwärtsentwicklung bei der Beschäftigung wieder vor große Probleme stellt. Deshalb mein Credo: Wir sollten nicht so tun, als ob an der Talsohle schon der Tiefpunkt erreicht ist, sondern wir müssen miteinander genau überlegen, wie wir für die nächsten Jahre Wachstum schaffen. Ich hoffe dort auf Sie.

Um ein Thema anzusprechen, das auch hier eine Rolle gespielt hat: Ich weiß, dass Sie mit der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag nicht in Bezug auf die Tatsache zufrieden sind, dass es in Zukunft zu keiner absehbaren Lösung im Bereich der Arbeitsvermittlung und der Jobcenter gekommen ist. Ich könnte es mir einfach machen und sagen: Wenn die kommunalen Spitzenverbände in der Sache einmal

einer Meinung wären, wäre die Chance, dass wir auf der anderen Ebene des Föderalismus zu einer Lösung kämen, wirklich besser.

Ich kann Ihnen hier nicht versprechen, dass wir vor der Bundestagswahl noch eine Lösung finden, die über das Jahr 2010 hinausgeht. Der Bundesarbeitsminister hat die Verlängerung der Situation bis 2010 garantiert und in Aussicht gestellt. Ich weiß, dass das für viele Betroffene noch keine zufriedenstellende Aussage ist. Aber ich habe die Bitte an Sie, verbunden mit der Zusage, dass wir das nach der Bundestagswahl mit aller Energie angehen: Versuchen wir, aus der Situation das Beste zu machen. Wir können uns den ganzen Wahlkampf und die ganze Monate über beschimpfen. Aber das hilft uns letztlich nicht weiter. Ich weiß um Ihr Beschwernis. Aber ich sage Ihnen auch: Die Konstrukte, die gefunden wurden, waren auch nicht trivial. Wenn die Föderalismusreform I in großer Freundschaft sagt: „Wir werden nie wieder Mischverwaltung machen“, um dann zuerst eine Grundgesetzänderung vorzunehmen, bei der genau in einem Punkt dies beschlossen wird, sollte man sehen, dass das rechtssystematisch zumindest Fragezeichen aufwirft.

Auf der anderen Seite sind Sie Praktiker. Sie haben die Menschen. Sie haben die Beschäftigten. Sie wollen motivierte Vermittler. Das ist das Problem. Deshalb werden wir alles dazu beitragen, um Ruhe in diese Frage hineinzubringen. Aber die unterschiedliche Meinung, ob das nun eine Aufgabe der Bundesagentur sein soll oder eine Aufgabe, die man vor Ort selber erledigt - ich nenne nur das Stichwort Optionskommunen -, ist etwas, was uns seit Beginn dieser Hartz IV-Regelung begleitet und was uns auch nie wieder so richtig aus dem Bann gelassen hat. Deshalb gibt es Ideen. Diese werden wir aber nicht mehr umsetzen können. Wir nehmen sie sofort nach der Bundestagswahl wieder auf und werden eine zufriedenstellende Lösung finden.

Herr Ude, wenn Sie einiges Tages zu mir kämen und sagten, dass sich Landkreistag und Städtetag geeinigt haben, wie das aussehen soll, würde ich vor Freude an die Decke springen oder Ihnen ein Freibier ausgeben oder irgend so etwas machen.

Meine Damen und Herren, wir wollen in vielen Bereichen weiter zusammenarbeiten. Ich habe über das Thema Bildung gesprochen. In den letzten Jahren war das Thema der Verbesserung der Situation von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige ein wichtiges Projekt. Auch hier werden wir in den nächsten Jahren scharf daran arbeiten müssen, dass wir nicht zum Schluss die Plätze haben, aber keine Erzieher. Wir müssen daran arbeiten, dass wir bei diesem Thema zusammenkommen. Deshalb habe ich mit den zuständigen Ministern im Bundeskabinett besprochen, dass wir jetzt in dieser Krise versuchen, Umschulungsmaßnahmen so zu gestalten, dass daraus zukunftsfähige Berufe werden.

Wir haben eine sehr, sehr schwierige Situation gerade bei Zeit- und Leiharbeit. Wenn es uns gelänge, für die Pflege- und die Kinderbetreuungsberufe Menschen eine Perspektive zu geben, wären das sichere Arbeitsplätze. Wir stehen dann nicht wieder eines Tages vor einem Fachkräftemangel.

Ich denke, dass wir, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, in vielen Bereichen hervorragende Initiativen haben. Ich möchte an die Themen erinnern, die sich mit der neuen Stadt befassen, die wir im zweiten Jahrzehnt unseres

Jahrhunderts brauchen werden. Das Thema Mehrgenerationenhäuser ist modellartig eines, mit dem wir zeigen, wie wir es schaffen können, den Zusammenhalt der Generationen nach vorne zu bringen.

Meine Damen und Herren, das sind die Themen, mit denen wir uns gemeinsam zu befassen haben. Vor uns werden schwierige Monate liegen. Es nützt überhaupt nichts, drumherumzureden. Ich weiß - das möchte ich sagen -, dass Ihre Freiräume in Zeiten der Krise, Haushalte zu beschließen, die von Land zu Land ein bisschen unterschiedlich sind, natürlich erheblicher eingeschränkt sind als das auf der Bundes- und Landesebene möglich ist. Ich denke, daraus werden sich natürlich Gesprächsnotwendigkeiten ergeben. Wir können nicht sehenden Auges zusehen, dass Dinge in Gefahr geraten, die gut entwickelt wurden und die den Zusammenhalt unseres Landes ausdrücken.

Wir haben eine Vielzahl von Bundesprogrammen, die wir nicht streichen und an denen wir nicht kürzen werden. Wir haben das auch für den Haushalt des nächsten Jahres gesagt. Es hat keinen Sinn, in der Krise zu kürzen. Ich will auch noch einmal sagen, dass wir inzwischen international nach anfänglicher Kritik erhebliches Lob erfahren. Uns ist es mit den Kurzarbeiterregelungen, mit der Nicht-Streichung von allen sozialen Ausgaben und mit der Ansage, die Lohnzusatzkosten nicht zu senken, gelungen, dass wir bislang die Binnennachfrage einigermaßen konstant halten konnten. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass wir die Handelsbilanz Deutschlands bezüglich des Ex- und Imports um 170 Milliarden Euro allein in diesem Jahr zu Gunsten unserer Importeure verändert haben. Das heißt, wir sind im Augenblick für die Welt in der Situation, in der wir ganz schlecht exportieren können, ein sicherer Importeur für andere Länder.

Das ist für die Städte und Gemeinden mindestens so wichtig wie andere Dinge, so zum Beispiel, dass wir die Kaufkraft erhalten, dass wir ein Stück Zuversicht und Vertrauen erhalten. Das wird sicherlich mit den zunehmenden Monaten nicht einfacher. Das haben wir uns als ganz feste Maßgabe ganz intensiv neben der Maßgabe vorgenommen, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.

Ich denke, im Jahr 61 der Bundesrepublik Deutschland wird es noch notwendiger werden, dass Kommunen, Länder und Bundesregierung in einem intensiven Gespräch bleiben. Wir alle haben vor der Arbeit, die Sie leisten, einen hohen Respekt. Wir alle wissen auf der Bundesebene, dass es auch davon abhängt, wie es in unserem Land weiter geht, wie Kommune, Länder und Bund zusammenarbeiten. Deshalb darf ich Ihnen nicht nur aus Eigennutz und aus dem hohen Respekt vor Ihrer Arbeit sagen: Wir brauchen unsere Zusammenarbeit - wahrscheinlich in den nächsten ein, zwei Jahre mehr als in vielen Zeiten der Bundesrepublik Deutschland.

Man darf nicht vergessen: Dieses Land hatte mehrfach ein negatives Wirtschaftswachstum. Aber das größte, das bisher da war, lag bei minus 0,9 Prozent. Jetzt liegen wir bei minus 6 Prozent. Wir sind aufgrund der letzten Jahren relativ gut gerüstet. Aber es wird eine dramatische Anstrengung werden.

Ich sage: Wir haben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland viele Herausforderungen bewältigt. 60 Jahre - das erinnert uns noch einmal an die Zeit, als die meisten deutschen Städte in Trümmern lagen. Wir haben es geschafft. Am 9. November werden wir in Berlin 20 Jahre Mauerfall feiern. Wir haben die deutschen

Einheit in vielen Bereichen sehr gut gestemmt. Aber es wäre falsch, nicht zu sehen, dass mit diesem Jubiläumsjahr 2009 auch für uns und für die nächsten Jahre erhebliche Herausforderungen verbunden sind. Sie sind nicht so sichtbar wie die deutsche Einheit, wo man hier die neuen und dort die neuen Bundesländer gesehen hat. Sie werden ganz andere Regionen in Deutschland stärker treffen.

Es ist sehr interessant, wenn man sich einmal anschaut, was jetzt passiert. Die exportstarken Bundesländer sind die im Süden, die viele Jahrzehnte von dieser Stärke profitiert und sich gut entwickelt haben. Diese werden plötzlich in die schwierigsten Situationen kommen. Bei anderen wird sich weniger ändern. Deshalb wird der nationale Zusammenhalt, wenn ich das einmal so sagen darf, auf eine ganz andere Art auf eine Bewährungsprobe gestellt. Ich möchte, dass wir das schaffen. Ich glaube, wir können das zusammen schaffen. Deshalb auf gute Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Städtetag und der Bundesregierung. - Herzlichen Dank!